

109-1-44

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI  
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

Č. 109 - 1 / 44

Přílohy

51 listů

51 listů

10.2.2009 Juc

ST

S

I. A - 17<sup>1d</sup>/1942.

Prag, den 24. November 1942.

Parteiverbindungsstelle	
Bezirkshauptmannschaft in Böhmen u. Mähren	
Eingegangen am:	
30. XI. 1942	
Erledigt:	am:
Ernommen:	am:
Beurteilt:	am:

Pg. Schulte-Schomburg.

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs gebe ich nachstehend einen Auszug aus dem Lagebericht des Landespräsidenten in Mähren - Reichsauftragsverwaltung vom 9.11.d.Js. - Zeichen Zahl: P-3600/203 g-1942 wieder: "Umso bedauerlicher ist es, wenn in diese im großen und ganzen wirklich als erfreulich zu bezeichnende Stimmung Faktoren hineinspielen, die an sich durchaus nebensächliche Lebensbereiche des deutschen Menschen betreffen, dennoch aber in sehr starkem Ausmaße stimmungsbeeinträchtigend wirken. Ich denke hier vor allem an die Vergabe der Judenwohnungen und die Verwertung des jüdischen Mobilars. Die geschäftsführenden Bezirkshauptleute berichten mir fast übereinstimmend, daß diese Aktionen eine Flut von ebenso unwahren wie unwahrscheinlichen Gerüchten, von Denuntiationen und Verdächtigungen in der deutschen Bevölkerung hervorgerufen haben, und durchaus geeignet sind, dem Ansehen des Deutschtums nicht nur nach außen hin schwere und bedenkliche Schäden zuzufügen, sondern auch in seine Harmonie und Geschlossenheit Zwist und Feindseligkeiten hineinzutragen. Offensichtlich versteht es die hiesige Parteiführung auf diesem Gebiete nicht genügend das Verhalten der Deutschen in entsprechender Weise zu lenken und zu beeinflussen. Es wäre aber auch durchaus zu erwägen, ob nicht von staatlicher Seite aus Maßnahmen ergriffen werden könnten, die diese so unerfreulichen und unwürdigen Erscheinungen vom

1a

Grunde aus abstellen und unmöglich machen." Der Herr Staatssekretär läßt Sie bitten, sich in geeigneter Weise der Angelegenheit anzunehmen.

PV 81 Rückantwort

30/12

4  
i. a. d.  
1. 0/12. 25.

00715



Prag, den 24. November 1942.

1.) Kanzlei setzen auf besonderen Bogen:

H-Obersturmbannführer Fischer.

Im Auftrage von H-Gruppenführer Frank teile ich Ihnen nachstehend einen Auszug aus dem Lagebericht des Landespräsidenten in Mähren - Reichsauftragsverwaltung vom 9.11.d.Js. - Zeichen Zahl: P-3600/203g-1942 mit: "In der letzten Woche lief die vom Bodenamt durchgeführte Ansiedlung dobrutscha-deutscher Familien im Gerichtsbezirke Seelowitz an. Trotz der zur Verfügung stehenden Kürze der Zeit konnten alle notwendigen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden. Zur Durchführung der gesamten Aktion ist von dem Bezirkshauptmann in Brünn-Land ein deutscher Beamter bestellt worden, der dem Bezirkshauptmann dafür verantwortlich ist, daß alle die Bezirksbehörde berührenden Probleme an Ort und Stelle erledigt werden können. Bei den gesamten vorbereitenden Maßnahmen erscheint mir nur die eine Tatsache äußerst bedenklich, daß die ihrer Höfe entsetzten Personen innerhalb der gleichen Gemeinde untergebracht werden." Gruppenführer Frank läßt in der Angelegenheit um eine baldgefällige Rücksprache bitten.

H-Obersturmbannführer.

2.) Zur Vorgang.

3

3

St.S. I A - 17<sup>1</sup> d/42.

Prag, den 24. November 1942.

*d*  
24. XI. 1942

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen  
Pg. Schulte-Schomburg

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs gebe ich nachstehend  
einen Auszug aus dem Lagebericht des Landespräsidenten in  
Mähren - Reichsauftragsverwaltung vom 9.11.42. Ja. - Zeichen  
Zahl: P-3600/203 g-1942 wieder: "Umso bedauerlicher ist es,  
wenn in diese im großen und ganzen wirklich als erfreulich  
zu bezeichnende Stimmung Faktoren hineinspielen, die sich auf  
durchaus nebensächliche Lebensbereiche des deutschen Men-  
schen betreffen, dennoch aber in sehr starkem Ausmaße stin-  
gungsbeeinträchtigend wirken. Ich denke hier vor allem an  
die Vergabe der Judenwohnungen und die Verwertung des jüdi-  
schen Mobilars. Die geschäftsführenden Bezirksbeauftragten be-  
richten mir fast übereinstimmend, daß diese Aktionen eine  
Flut von ebenso unwahren wie unwahrscheinlichen Gerüchten,  
von Denuntiationen und Verdächtigungen in der deutschen  
Völkerung hervorgerufen haben, und durchaus geeignet sind,  
dem Ansehen des Deutschtums nicht nur nach außen hin schwe-  
re und bedenkliche Schäden zuzufügen, sondern auch in seine  
Harmonie und Geschlossenheit Zwist und Feindseligkeiten hin-  
einzutragen. Offensichtlich versteht es die hiesige Partei-  
führung auf diesem Gebiete nicht genügend das Verhalten der  
Deutschen in entsprechender Weise zu lenken und zu beeinflus-  
sen. Es wäre aber auch durchaus zu erwägen, ob nicht von  
staatlicher Seite aus Maßnahmen ergriffen werden könnten,  
die diese so unerfreulichen und unwürdigen Erscheinungen vom

00773



.A.D.S. (E)

3a

3

Prag, den 24. November 1942. St. B. I A - 121 6/42

*Handwritten signature/initials in blue ink.*

Grunde aus abstellen und unmöglich machen. Der Herr Staatssekretär lässt Sie bitten, sich in geeigneter Weise der Angelegenheit anzunehmen.

*Faded, mostly illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page.*

2.) Durchschrift an

- a) Herrn General Reinefarth und
- b)  $\frac{1}{4}$ -Standartenführer Weinmann

zur Kenntnis.

$\frac{1}{4}$ -Obersturmbannführer.

3.) Z.d.A.

57-100



Gruppe I 1

I 1 d - 6126

4  
Prag, den 18. November 1942

Herrn  
Staatssekretär.

Weisungsgemäss lege ich den vom Landespräsidenten -  
Reichsauftragsverwaltung in Brünn für Oktober 1942 erstatte-  
ten Lagebericht vor.

*Laumann*

5

Der Landespräsident in Mähren  
Reichsauftragsverwaltung.

Brünn, am 9. November 1942.

Zahl: P-3600/203g-1942.

GEHEIM!

An den

Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren  
z.H.v.H.Oberregierungsrat Dr. Landmann o.V.i.A.

in Prag IV

Czernin Palais.

Betr.: Lagebericht für Oktober 1942. - 6fach.

I./ Politischer Teil.

A./ Stellung und Stimmung des Deutschtums.

Die Stimmung der deutschen Bevölkerung ist nach wie vor zuversichtlich. Im Mittelpunkt des politischen Interesses standen im Berichtsmonate die durch Rundfunk übertragenen Reden des Führers und des Reichsmarschalls vom 30.9. und 4.10.1942 durch die das Vertrauen in einen für Deutschland erfolgreichen Ausgang des Krieges erneut in erheblicher Weise gestärkt wurde. Ebenso löste die durch Erhöhung der Lebensmittelrationen eingetretene Verbesserung der Ernährungslags sehr günstige Wirkungen aus.

Umsoweniger bedauerlicher ist es, wenn in diese im grossen und ganzen wirklich als erfreulich zu bezeichnende Stimmung Faktoren hineinspielen, die an sich

5a

IMMENSE

Verdächtigungen in der deutschen Bevölkerung hervorgerufen haben, und durchaus geeignet sind dem Ansehen des Deutschtums, nicht nur nach aussen hin schwere und bedenkliche Schäden zuzufügen, sondern auch in seine Harmonie und Geschlossenheit Zwist und Feindseeligkeiten hineinzutragen. Offensichtlich versteht es die hiesige Parteiführung auf diesem Gebiete nicht genügend das Verhalten der Deutschen in entsprechender Weise zu lenken und zu beeinflussen. Es wäre aber auch durchaus zu erwägen, ob nicht von staatlicher Seite

OV 8/27

zeitig getroffen werden. Zur Durch-  
Aktion ist von dem Bezirkshaupt-  
in deutscher Beamter bestellt wor-  
hauptmann dafür verantwortlich is  
sbehörde ~~die~~ ~~RAV~~ berührenden Pro-  
lle erledigt werden können.

samtlichen vorbereitenden Massnahmen  
erscheint mir nur die eine Tatsache äusserst bedenk-  
lich, dass die ihrer Höfe entsetzten Personen inner-  
halb der gleichen Gemeinde untergebracht werden. Eine  
andere Massnahme zu treffen war aber infolge der Kürze  
der Zeit nicht erlaubt. Es bleibt abzuwarten, ob die  
von mir geäusserten Befürchtungen berechtigt sind;  
durch die vom Bezirkshauptmann Brunn-Land angeregten

S. 1/2

Abstammung mit ihrem Bekenntnis zum deutsche-  
tum aus materiellen oder sonstigen Gründe  
unter dem Einfluss des tschechischen Teil  
halten haben. Es gilt nur diese, die noch  
los im Tschechentum aufgegangen sind, gän-  
fassen.

Da die Wiedereindeutschung auss  
vom Urteil der RUS - Dienststelle abhängt

An Schnellverfahren wurden zwei in Brünn,  
eines in Tischowitz, je eins in Seelowitz und Ei-  
benschutz durchgeführt. Durch die Anwendung dieser  
Verfahren, an denen neben der Landesbehörde, je 1  
Vertreter der Partei, der RUS-Dienststelle und der  
Bezirksbehörde teilnimmt, können Zweifelfragen gleich  
an Ort und Stelle geklärt werden, sodass ein langatmi-  
ger Schriftverkehr unterbleiben kann. Die Schnellver-

fahren haben sich durchaus bewährt. Es besteht die Absicht, in gleicher Weise auch an den übrigen grossen Behörden in Mähren vorzugehen

2./ Allgemeine polizeiliche Angelegenheiten:

Der Arbeitsanfall hielt sich auf der Höhe des Vormonates.

3./ Fürsorge-, Wohlfahrt-, u. Gesundheitswesen:

Die eingehenden Berufungen zeigen, dass die Auffassung der einzelnen Sachbearbeiter bei den Bezirksbehörden über Auslegung der Vorschriften oft recht weit voneinander abweichen. Es ist deshalb für Anfang des nächsten Monats eine Dienstbesprechung angesetzt worden, die dann in gewissen Abständen wiederholt werden soll, um eine gemeinsame Ausrichtung zu erreichen.

4./ Wehrwesen :

Zurzeit ist die Erfassung der einsatzfähigen Hunde im Gange. Auf dem Gebiete der Notdienstverpflichtung war über mehrere Beschwerden zu entscheiden.

5./ Sach- und Personenschaden:

Die Sichtung der von den Oberlandräten zur Weiterbehandlung an den Landespräsidenten-Reichsauftragsverwaltung übergebenen unerledigten 566 Fälle wurde soweit durchgeführt, dass die dringlichsten bearbeitet und nach Aufarbeitung dieser Rückstände alle anderen Fälle durch Einleitung der nächstliegenden Ermittlung in Gang gebracht wurde. Es kann demnach heute bereits gesagt werden, dass mit Ausnahme von 38 Schadensfällen, in denen sich der Schaden auf ehem. slowakischen, heute ungarischen Staatsgebiete ereignete, und 7 Schadensfällen, in denen der Schaden im Zusammenhange mit der Bodenreform eintrat, kein einziger Fall mehr unbearbeitet ist. Die auf dem heutigen ungarischen Staatsgebiet angefallenen und die mit der Bodenreform zusammenhängenden Schadensfälle können allerdings derzeit gar nicht behandelt werden, da die entsprechenden Richtlinien fehlen.

Der gewissenhaften Erledigung der Wiedergutmachungssachen wird die sorgfältigste Arbeit gewidmet. Besondere Sorgfalt und Vorsicht wird der Voraussetzung zugewendet, ob der Schaden tatsächlich wegen deutschen Volkstums des Antragstellers entstanden ist, da sich erfahrungsgemäss Leute geschädigt fühlen und Phantasieziffern geltend machen, denen oft überhaupt kein Schaden oder nur ein kleiner Bruchteil des behaupteten Schadens entstand. Selbst wenn z.B. nachgewiesen ist, dass der Antragsteller nach dem Republikenschutzgesetz oder wegen Militärverrat verurteilt wurde und einen Haftschaden erlitten hat, begnüge ich nicht mit dieser Feststellung, und fordere in allen Haftsachen die tschechischen Gerichtsakte zum Studium ein, da sich bereits in 2 Fällen erstb beim Studium des ganzen Strafaktes herausgestellt hat, dass der Antragsteller wohl wegen Militärverrates, nicht aber zu Gunsten Deutschlands verurteilt wurde, und dass sich ein zweiter Antragsteller wohl einer für Deutschland arbeitenden Ausspählergruppe anschloss und verurteilt wurde, aber nicht aus Idealismus, sondern gegen Bezahlung und bei Auffliegen der Sache seine Kameraden an die tschechischen Behörden verriet. Trotz Behauptung und Nachweis der Verurteilung kann natürlich hier von einem Schaden wegen "deutschen Volkstums" nicht die Rede sein. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass viele Antragsteller ihren Wohnsitz geändert haben oder bei der Wehrmacht sind. Bei diesen Schäden müssen auch die ehemaligen tschechoslowakischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, bzw. deren Einhaltung überprüft werden, da die Antragsteller oft und zu leicht auch eine an sich gesetzliche Massnahme heute als "Willkürakt" eines Organes der ehem. Staatsgewalt

bezeichnen, bei zahlreichen Grenzfällen ist auch die Frage sorgfältig zu prüfen, ob es sich nicht um eine der vielen nachteiligen Folgen handelt, die sich durchwegs für jeden Einzelnen aus Anordnungen allgemeiner Natur ergeben haben, die nach den Richtlinien ausser Betracht bleiben müssen.

Von den bisher in 1. Instanz erledigten 37 Anträgen wurden, obgleich die Bestimmungen über die Wiedergutmachung auf Grund des Runderlasses des Reichsprotectors vom 14.2.1942 nicht engherzig ausgelegt werden, 29 abgelehnt.

Die Härtefälle werden hier in der Reihenfolge bearbeitet, dass zunächst die direkt vom Antragsteller als Härtefall bezeichneten Anträge behandelt, vorbereitet und vorgelegt werden, in zweiter Linie die in ordentlichen Wiedergutmachungsverfahren abgelehnten Fälle nach dem Härteverfahren überprüft und nach Erledigung dieser Fälle die bereits von den früheren Oberlandräten abgewiesenen Fälle vom Standpunkte des § 26 Gesetz vom 20.10.1939 überprüft werden.

In dieser Hinsicht besteht allerdings zwischen Ihrem Referenten und meiner Abteilung keine einheitliche Auffassung.

Meine Feststellungsbehörde vertritt den auf die Einführung des Härteverfahrens im Protektorate und den Runderlass des Herrn Reichsprotectors vom 14. 2.1942 I 2 b- 5000/3 gestützten Standpunkt, dass nicht nur alle Wiedergutmachungsanträge, die sich für eine sachliche Behandlung eignen, immer auch als Eventualanträge auf Gewährung eines Härteausgleichs anzusehen, sondern auch im ordentlichen Wiedergutmachungsverfahren abgewiesene Anträge neuerdings nach § 26 Ges. vom 20.10.1939 zu überprüfen sind. Ihr Referent vertritt

jedoch den Standpunkt, dass ein gesonderter Parteiantrag auf Bewilligung des Härteausgleiches nötig sei und dass sich weiters für das Härteverfahren nur jene Fälle eignen, die aus materiellrechtlichen Gründen in ordentlichen Wiedergutmachungsverfahren nicht behandelt werden können. Abgesehen davon, dass für diese Auffassung weder im Gesetze vom 20.10.1939, noch in der Vdg. vom 20.6.1940 eine Stütze ist und diese Auffassung auch dem Runderlasse des Herrn Reichsprotectors vom 14.2.1942 I 2 b - 5000/3 widerspricht, würde das bedeuten, dass ein wirklich zu berücksichtigender Schadensfall aus formalistischen Gründen auch im Härteverfahren leer ausgehen müsste.

B/ Tätigkeit der allgemeinen Verwaltung.

1./ Polizei:

Nach einer Weisung des Generalkommandanten der nichtuniformierten Protektoratspolizei sollen in Mähren Arbeitserziehungslager errichtet werden, die von der Landesbehörde erstellt und verwaltet werden sollen. Das erste soll sofort mit einem Fassungsvermögen von 300 Mann in Gross-Kunzendorf, Bezirk Friedeck, in Angriff genommen und beschleunigt fertig gestellt werden. Der vorgesehene Aufwand beträgt 3,600.000 K.

Ueber die Schwierigkeiten, die die Errichtung des Internierungslagers Swatoborschitz mit sich gebracht haben, habe ich bereits in meinem letzten Monatsbericht Ausführungen gemacht. Man kann hieraus ersehen, dass es in der heutigen Zeit einfach nicht möglich ist, von heute auf morgen derartige Lager so herzustellen, dass sie den erforderlichen Bedingungen in jeder Hinsicht entsprechen. Derartige Sofortbefehle sollten nicht ohne Berücksichtigung der kriegsbedingten Schwierigkeiten der Arbeitskräfte- und Baustoffbewirtschaftung sowie des Transportwesens herausgege-

10a

ben werden. Weiterhin wäre es in solchen Fällen zweckmässig, die erforderlichen Kontingentverhandlungen mit den in Prag sitzenden Stellen von Prag aus unmittelbar vorzunehmen, da auf diese Weise beträchtliche Zeit eingespart und die bürokratische Schwerfälligkeit in der Verhandlung mit diesen Stellen stark ausgeschaltet werden könnte.

Nach einem Erlass des Innenministers ist in Brünn eine Luftschutzschule einzurichten, die dem Generalkommandanten der uniformierten Protektoratspolizei unmittelbar untersteht und vom Befehlshaber der Ordnungspolizei beaufsichtigt wird. Am 2.11.1942 soll bereits die Ausbildung der Betriebsluftschutzleiter an diesen Schulen beginnen; bis zum 26.3.1943 sollen insgesamt 19 Luftschutzlehrgänge für 1060 Personen stattfinden. Die Einberufung der Teilnehmer erfolgt durch die Bezirkshauptmänner-Reichsauftragsverwaltung.

Die Umorganisation des Feuerwehrwesens wird vom Generalkommandanten der uniformierten Protektoratspolizei mit starkem Nachdruck betrieben. Der Vollzug bei den Gemeinden scheidet jedoch an der finanziellen Deckung. Es erscheint mir zweifelhaft, ob diese finanziellen Schwierigkeiten bei der Planung der Umorganisation hinreichend in Betracht gezogen worden sind. Im Landeshaushalt Mähren für 1943 wurde das Feuerwehrwesen ein Betrag von 200.000.-K vorgesehen, der der Unterstützung nichtselbstgenügsamer Gemeinden in Form der Übernahme des Zinsendienstes für zu Feuerwehrzwecken aufgenommenen Darlehen dienen soll. Ich möchte in diesem Zusammenhang anregen, die von den Gemeinden für die Übernahme der Feuerwehrgerätschaften zu zahlenden Entschädigungen und Abgeltungen bis auf weiteres gesetzlich zu stunden, wie dies auch in Niederdonau geschehen sein soll.

Die Technische Nothilfe soll angeblich demnächst in die Polizei übernommen werden. Bezüglich des Aufbaues der TN ergeben sich ähnliche finanzielle Schwierigkeiten wie bei den Feuerwehren. Es wurde angeregt, für diese Organisation, die ja schliesslich nicht weniger wichtig ist als Feuerwehr und Luftschutz, durch eine öffentliche Sammlung Gelder zusammenzubringen. Bei einer Einwohnerzahl von 3 Mill. würden in Mähren, wenn die Sammlung für den Kopf der Bevölkerung nur 1.-K erbringen würde, immerhin 300.000.-RM aufgebracht werden können, ein Ergebnis, das auch propagandistisch von einer gewissen Bedeutung wäre.

Auf dem Gebiet des Vereinswesens hat die Auflösung des Turnverbandes "Orel" einen besonderen Arbeitsanfall für die Bezirksbehörden erbracht. Ueber besondere Schwierigkeiten auf diesem Arbeitsgebiet liegen keine Berichte vor. Die vom Generalkommandanten der nichtuniformierten Protektoratspolizei angeforderte Erfassung der Hochschülerunterstützungsvereine ist durchgeführt worden.

2./ Gemeindeverwaltung:

Viel Unruhe und berechtigte Besorgnis hat in den letzten Wochen für die Gemeinden die beabsichtigte Abziehung der Finanzwachangehörigen hervorgerufen, die seinerzeit den Gemeinden zur Bearbeitung von Kriegsversorgungsangelegenheiten zugewiesen waren. Die ersten Nachrichten über diesen Abzug zum Zwecke der Uebernahme der Beamten in den Polizeidienst lauteten in der Tat sehr alarmierend, denn es wäre bei Abzug eines grösseren Teiles dieser Arbeitskräfte vielen Gemeinden schlechterdings unmöglich gewesen, die ihnen übertragenen Aufgaben zu bewältigen. Nach den neuesten Mit-

teilungen des Inspektors der uniformierten Protektoratspolizei werden jedoch von den 1700 z.Zt. noch bei den Gemeinden befindlichen Finanzwachmännern aller Voraussicht nach nicht mehr als 244 Personen in den Polizeidienst übernommen werden, da die übrigen auf Grund der strengen Ueberprüfungs- und Untersuchungsvorschriften abgelehnt werden müssten. Der für die Gemeinden entstehende Ausfall ist hiernach erträglich und kann umso leichter hingenommen werden, als den Gemeinden infolge der Verstaatlichung der Gemeindevollzugspolizei im Lande Mähren 235 nicht für die Uebernahme in die Staatspolizei taugliche Beamte der ehem. Gemeindevollzugspolizei zu anderweitigem Einsatz im Gemeindedienste verbleiben. Ich habe die Bezirkshauptleute angewiesen, eine gerechte Verteilung des hiernach künftig für die gemeindliche Arbeit zur Verfügung stehenden Hilfspersonals vorzunehmen und einen etwaigen Mehrbedarf oder Ueberschuss der Landesbehörde zur Herbeiführung eines Landesausgleiches mitzuteilen.

Starke Beunruhigung löst bei den Gemeinden die missliche Lage der Gemeindefinanzen aus. Fortlaufend werden mir Klagen von den Bezirkshauptleuten darüber vorgetragen, dass die Gemeinden zum grossen Teil finanziell vollkommen abgewirtschaftet sind und keine Mittel haben, um die ihnen in letzter Zeit neu übertragenen Aufgabengebiete erfüllen zu können. Dazu kommt, dass den Gemeinden dauernd neue Aufgaben, zum Teil kriegswichtiger Art, aufgebürdet oder ihr Aufgabenkreis den des übrigen Reichsgebietes angeglichen wird, ohne ihnen zugleich neue Geldquellen zu eröffnen. Ich glaube nicht, dass die Sanierung der Gemeinden bis zu der angeblich geplanten grossen Steuerreform hinausgeschoben werden kann, da eine solche Reform erfahrungsge-

mäss eine lange Zeit erfordert. Da die Mehrzahl der Gemeinden bereits heute auf dem toten Punkt angelangt sind, muss es als eine Sofortaufgabe bezeichnet werden, ihnen schon heute irgendwie eine Erleichterung zu verschaffen.

3./ Fürsorge:

Für Angehörige von inhaftierten Personen wurden im Monat September über 39.000.-RM ausgezahlt. Auf dem Arbeitsgebiet der Sonderzulagen für kinderreiche Familien sind bisher 7.746 Bescheide hier eingegangen, von denen 2.900 durchgezahlt wurden.

4./ Gesundheitswesen:

In Medizinalverwaltungsangelegenheiten ist während der Berichtszeit nichts von grundsätzlicher Bedeutung vorgekommen. Die Zunahme der übertragbaren Krankheiten nimmt einen noch grösseren Umfang an. Besonders Scharlach und Diphtherie häufen sich in überraschendem Masse. In den letzten 4 Wochen wurden 1620 Scharlach- und 1375 Diphtherieerkrankungen gemeldet. Die Bekämpfung der Seuchen stösst auf grösste Schwierigkeiten u.zw. sowohl in der Prophylaxe als auch in der Versorgung der Kranken. Letztere ist nur möglich gewesen durch Eröffnung von weiteren Hilfskrankenhäusern, wobei jetzt schon auf Objekte zurückgegriffen werden muss, die nicht als unbedingt einwandfrei bezeichnet werden können. Die Erkrankungsverhütung ist sehr erschwert durch einen erheblichen Mangel an Impfstoff, besonders bei Diphtherie. Eine weitere Steigerung der Erkrankungszahl im Monat November ist mit grosser Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

5./ Veterinärwesen:

Der Stand der Tierseuchen hat im Berichtsmonat eine gewisse Verschärfung erfahren. Insbesondere nimmt die Maul- und Klauenseuche an Ausbreitung zu. Als

12a

Verschleppungsursache kommt in der Hauptsache der Personenverkehr in Frage. Aber auch der starke Verkehr mit Klauengespannen während der Rübenkampagne hat zur Ausbreitung erheblich beigetragen. Zwecks Abstellung dieser Ursachen wurde angeordnet, dass die Zufuhr von Rüben aus verseuchten Gemeinden zur Bahnstation, Zuckerrafinerie oder Sammelstelle nur mit Pferdebespannung erfolgen darf, wobei die Gemeinden einen besonderen Gespanndienst einzurichten haben.

Dagegen hat eine Verschleppung der Maul- und Klauenseuche durch die Milch nachgelassen, nachdem einerseits durch verstärkte Revisionen der Molkereien, dafür Sorge getragen wurde, dass die Kannonreinigung- und Desinfektion ordnungsgemäss vorgenommen wird, nicht genügend oder überhaupt nicht erhitzte Milchrückstände /Molke/ nicht zur Verfütterung an landwirtschaftliche Nutztiere abgegeben werden dürften und die sonstigen Massnahmen, zum B. Trennung der Anfuhr aus verseuchten und unverseuchten Gemeinden mehr Beachtung finden. Andererseits hat der Böhm.-mähr. Verband für Milch und Fette die Zustimmung erteilt, dass meine Dienststelle bei Erstausrüchungen und in besonderen Fällen die Milcheinlieferung aus den verseuchten Gehöften in eine Molkerei während der Zeit der akuten Krankheitserscheinungen, also ca. 14 Tage, verbieten und die Verbutterung mit Ablieferung der ausgelassenen Butter verfügen kann.

Schliesslich wurde eine weitere Ansteckungsquelle bzw. Verbreitungsursache abgestellt, nämlich die zu frühzeitige Benützung von Klauentieren aus unverseuchten Gehöften eines Sperrbezirkes zu Gespannzwecken. Es hatte sich hier eingebürgert, bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche sofort sämtliche zu Gespannzwecken verwendeten Rinder einer Impfung mit Rekonvaleszenten Serum zu unterziehen, um sie weiterhin zu Land-

wirtschaftlichen Arbeiten benützen zu können. Die Amtstierärzte wurden darauf hingewiesen, dass sie erst 8 Tage nach dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einer Gemeinde eine Impfung solcher Tiere vornehmen und Erleichterungen für Feldarbeiten gewähren zu dürfen. Im übrigen wurde dabei die Beobachtung gemacht, dass in einzelnen Fällen die Wirkung der Impfung mit solchem Rekonvaleszentenserum eine geringe ist, sodass bereits nach 6 Tagen ein Durchbruch der Immunität erfolgte und dass bei diesen geimpften Tieren die Seuche bösartiger verlief.

Die Einhaltung der angeordneten veterinärpolizeilichen Massnahmen lässt im allgemeinen sehr zu wünschen übrig. Eine Desinfektion der Personen, Fahrzeuge u. s. w., die das verseuchte Gehöft verlassen oder laufende Desinfektion im Seuchengehöft selbst wird überhaupt nicht oder nur mangelhaft vorgenommen, Zucht- und Nutztiere werden noch vor der Seuchenanmeldung schnell verkauft oder es werden sogar nichterkrankte Klautiere /Ochsen/ eines verseuchten Gehöftes zu Feldarbeiten verwendet, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es erscheint mir notwendig, dass hier zur Ueberwachung im verstärkten Masse Gendarmerie eingesetzt wird, zumal sonst keine Polizeiorgane bei den Gemeinden zur Verfügung stehen. Die Amtstierärzte der verseuchten Bezirke sind laufend und in einer Dienstversammlung auf die strenge Durchführung und Ueberwachung aller Schutzmassnahmen hingewiesen worden. Dazu hat eine vermehrte Kontrolltätigkeit meiner Abteilung eingesetzt, um eine möglichst baldige Eindämmung dieser Seuche zu erreichen.

Von den übrigen Seuchen ist der Milzbrand in 4 Bezirken sporadisch aufgetreten. Im Bezirk Ung. Brod

Sind 2 Personen daran erkrankt, von denen eine inzwischen gestorben ist. Beide hatten bei der Sektion eines umgestandenen Tieres geholfen und sich infiziert.

Die gemeldeten 5 Tollwutverdachtsfälle haben bisher keine Bestätigung erfahren.

Eine leichte Zunahme ist bei der ansteckenden Schweinelähmung zu verzeichnen. Sie beschränkt sich aber auf die bisher versuchten Bezirke.

Die Geflügelcholera hat sich besonders im Bezirk Gaya verbreitet. Hier ist sie schon als stationär zu bezeichnen. Infolge der scharfen kriegs- und ernährungswirtschaftlichen Bestimmungen kommt sie jetzt mehr zur Anzeige. Die starke Kleintierhaltung bei unhygienischen Unterbringungs- und Auslaufverhältnissen hat unter Berücksichtigung der mangelnden Abwasserregelung Seuchenherde geschaffen, deren Tilgung nur durch grosszügige und restlose Abstellung dieser Mängel zu erreichen ist.

Ueber die anderen Seuchen und über die nichtanzeigepflichtigen Infektionskrankheiten ist nicht besonders zu berichten.

Auf dem Gebiet der Veterinärverwaltung ist die Errichtung von Veterinärämtern bei den Bezirksbehörden, die mit Regierungsverordnung Nr. 328 vom 26.6.1942 verfügt wurde, als ein besonderer Markstein zu verzeichnen. Damit ist der organisatorische Aufbau hier in diesem Raum auf diesem Sektor zu einem bedeutungsvollen Abschluss gebracht. Durchführungsbestimmungen sind allerdings noch nicht ergangen.

Die Veterinärabteilung meines Amtes hat durch die im Berichtsmonat erfolgte Abstellung der bisher bei den geschäftsführenden Bezirkshauptmännern in Iglau und

Olmütz tätigen Regierungsveterinäräräten eine wesentliche Verstärkung erfahren. Damit ist die vorher noch bestehende Doppelseitigkeit: Landesbehörde-geschäftsführender Bezirkshauptmann, Reichsauftragsverwaltung, Veterinärabteilung beseitigt worden und eine einheitliche Geschäftsführung gewährleistet.

6./ Bauwesen:

Das Arbeitsgebiet der Baupolizei beschränkt sich hauptsächlich auf die Angelegenheiten der Anpassung an die Baurechtsnovelle. Wie mir mein zuständiger Abteilungsleiter versichert, fällt es dabei den Staatsingenieuren schwer, sich in den Geist dieser Novelle und ihren Zweck hineinzufinden.

C./ Erfahrungen über die Verwaltungsarbeit von Protektoratsbehörden /Vorschläge über Vereinfachungsmaßnahmen./

Ich möchte mich unter diesem Punkt heute auf die Feststellung beschränken, dass der Entwurf der Reg. Vdg. über die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung in weitestem Masse den Bedürfnissen der praktischen Verwaltung entgegenkommt, und einen wesentlichen Schritt zu einer gesunden und organischen Strukturänderung der Protektoratsverwaltung darstellt. Die von mir seinerzeit vorgelegten Anträge wurden fast durchwegs berücksichtigt und ausgewertet. Zu dem mir zur Aeusserung vorgelegten Entwürfe der Reg. Vdg. nehme ich in einem gesonderten Antrage neuerlich Stellung.

Gleichfalls in einem gesonderten Berichte werde ich über die Uebertragung bestimmter Aufgaben der Reichsauftragsverwaltung auf die autonome und Wahrnehmung bestimmter bisher durch Reichsauftragsverwaltung durchgeführter Arbeiten durch tschechische Beamten Vorschläge erstatten.

14a

Von anderen Anregungen will ich bewusst Abstand nehmen, da mir die Durchführung der oben erwähnten Massnahmen zur Zeit als am wesentlichsten erscheint und die Häufung zu vieler Vereinfachungsvorschläge auf einmal eher geeignet ist Unklarheit als Klarheit herbeizuführen.

### III. Wirtschaftlicher Teil .

Die Zusammenfassung grosser Wirtschaftsgebiete in einer Hauptabteilung hat sich sehr bewährt. Es ist nunmehr möglich, die das Land Mähren betreffenden Wirtschaftsfragen geschlossen zu bearbeiten und die häufig auseinandergehenden Wirtschaftsinteressen miteinander abzustimmen. Da die Schlüsselpositionen dieser Hauptabteilung auch in den Händen von Deutschen liegen, dürften nunmehr restlos die Voraussetzungen erfüllt sein, die im Laufe der Jahre den Landesbehörden entzogen und von den Ministerien übernommenen Aufgaben den Landesbehörden wieder zu übertragen, insbesondere da auf diese Weise nicht nur der meistenteils eingetretene materielle, sondern auch der verfahrensmässige Rechtsangleich zum übrigen Reichsgebiet verwirklicht würde.

#### A/ Landwirtschaft.

##### Ackerbau.

##### 1./ Getreide.

Der Drusch ist schon fast überall beendet und die Pflichtlieferungen werden zum allergrössten Teil vorschriftsmässig erfüllt, mancherorts sogar überschritten. G ö d i n g hat z.B. bei Weizen allein um 33.400 q mehr abgeliefert, als im Vorjahr. Die Bestellung der Felder für die neue Saat schreitet fort.

Die Saatgutversorgung in den einzelnen Bezirken ist ausreichend. Nur der Mähr.Weisskirchner Bezirk klagt über Mangel an Saatgetreide und bezeichnet die vom Verband festgesetzte Menge als bei weitem nicht ausreichend.

15a

2./ Kartoffel.

Allgemein ist das Ernteergebnis normal, unternormal bloss im Boskowitzer <sup>B</sup>Bezirk und etwas zurückgeblieben bei den Spätkartoffeln im Olmützer Bezirk. Recht gute Ergebnisse zeitigte der Wsetiner und Wall. Meseritscher Bezirk. /Letzterer um 50% mehr als im Vorjahr./ Beispiele für den Hektoardurchschnitt in den einzelnen Bezirken:

Göding:	35	-	300 q /abhängig von der Beschaffenheit des Saatgutes/
Wischau:	40	-	130 q
Prossnitz:	8		82 q
Ung. Brod:	110	-	120 q
Prerau:			129 q
Neustadtl:			150 q

Die Pflichtlieferung entsprach den Vorschriften und wurde stellenweise, so z.B. im Bezirks Olmütz-Stadt um 187 q überschritten. Lediglich der Telt-scher <sup>B</sup>Bezirk bleibt bei seinen Lieferungen infolge Waggonmangels etwas zurück.

Die Güte der Kartoffel ist nicht überall zufriedenstellend; einige Bezirke klagen, dass die Kartoffeln schwarz und ungeniessbar werden. Der Stärkegehalt der Kartoffeln ist zufolge der heurigen Witterungsverhältnisse bedeutend höher als in anderen Jahren. Im Boskowitzer <sup>B</sup>Bezirk erreichte er 19-22 v.H.

3./ Zuckerrübe.

Heuer ist die <sup>E</sup>Ernte in allen Zuckerrübenanbaugebieten schwächer als im Vorjahr. Der <sup>H</sup>Hektoardurchschnittsertrag soll sehr schwankend sein, so dass sich für nachstehende Bezirke folgendes Bild ergibt:

Boskowitz:	225q
Wischau:	150 - 300q
Olmütz-Land:	um 140q herum /1941: um 30% mehr/
Kremsier:	40-50 q, im Vorjahr 65-70q.

Der mengenmässige Ausfall wird aber durch einen erhöhten Zuckergehalt wettgemacht. Besonders im Kremsierer Bezirk ist der Rübenzuckergehalt angeblich recht hoch.

#### 4./ Futtermittel.

Die Versorgung mit Futtermitteln ist besorgniserregend. Die Bauern sind gezwungen jetzt schon Trockenfutter, das für den Winter bestimmt ist, zu verfüttern. Die Zuteilung von Melasse-mischfutter und Kleie durch den Verband reicht vielerorts bei weitem nicht aus. Dieser Mangel wirkt sich jetzt schon durch ein stellenweise sogar starkes Absinken der Milch bis zu 50% und der damit verbundenen Butter- und Käseerzeugung ungünstig aus.

#### 5./ Gemüse.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse ist zur Zeit völlig unzureichend. Stellenweise sind jetzt schon manche Gemüsearten vom Markt völlig verschwunden. Selbst in der Landeshauptstadt Brinn können trotz der Bewirtschaftungsmassnahmen nicht einmal alle Verbraucher wöchentlich beliefert werden.

#### 6./ Obst.

Trotz stellenweiser guter Ernte klagen alle Bezirke über eine nicht ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Obst.

### Viehhaltung.

#### 1./ Rindvieh.

Der Rinderbestand ist im allgemeinen gut. Doch ist stellenweise ein Absinken zu verzeichnen, das aber mancherorts noch durch eine Zunahme des Rindviehbestandes wieder ausgeglichen wird. Nur im Neustädter und Trebitscher Bezirk herrscht ausgesprochener Mangel an Rindern. Aus diesem Grunde ist die Bewilligung eines Aufschubes der Pflichtlieferungen durch den Verband

16a

dringend geboten, wenn nicht eine Gefährdung des Viehbestandes durch Raubbau die Folge sein soll. Im Boskowitzer Bezirk ist zwar genügend Vieh vorhanden, doch ergeben sich bei der Viehablieferung gewisse Schwierigkeiten, weil die Landwirte das Vieh zufolge verspäteter Herbstbestellung derzeit noch nicht abgeben können. Im Wischauer Bezirk wird dagegen das Rindviehlieferungskontingent mangels an Futtermitteln überschritten. Im Hinblick auf den bestehenden Futtermangel werden vorraussichtlich mit Eintritt des Winterwetters auch in den übrigen Bezirken zahlreiche Ueberlieferungen eintreten.

#### 2./ Schweine.

In manchen Bezirken wie im Boskowitzer, Gödinger und Prerauer hat sich der Schweinebestand erhöht. Demgegenüber ist im Neustadtler Bezirk infolge Mangels an Ferkeln der Schweinebestand derart gesunken, dass das Lieferungskontingent teilweise durch Rinder ersetzt werden musste. Auch in den übrigen Bezirken ist der Ferkelmangel noch immer nicht beseitigt.

#### B/ Ernährung und Versorgung.

Die Ernährung konnte im vergangenen Monat leider nicht überall sichergestellt werden. Vor allem fehlte es an Obst und Gemüse. Der Oberbürgermeister sah sich darüberhinaus gezwungen, die wenigen Anlieferungen wegen ihrer Ungenügsbarkeit zurückzuweisen und zahlreiche Bestrafungen anzuordnen. Mancherorts wird über Milchknappheit geklagt.

Die durch die Jahreszeit bedingte Senkung der Milcherzeugung sowohl in mengen-als auch in gütemässiger Hinsicht, bringt es mit sich, dass der Fettgehalt der Milch in einigen Fällen unter 3% gesunken

ist. Bei dem bestehenden Futtermangel wird aber eher mit einer Verschlechterung der Lage gerechnet werden müssen.

Die Zuteilung von S a l z bereitet oft noch Schwierigkeiten, da den Olmützer Salzmühlen angeblich nicht die genügende Anzahl von Eisenbahn- und Lastkraftwagen zur Verfügung stehen. Demgegenüber erscheint die gegenwärtige Zuteilungsmenge von 220 g Salz je Kopf und Versorgungsperiode im Hinblick auf das Hausbacken des Brotes, und die zahlreichen Hausschlachtungen bei den Bauern in den Landgebieten zu gering, abgesehen davon, dass Kronenhäuser, Werkküchen und Gaststätten an sich einen höheren Salzbedarf aufweisen.

#### Arbeitskleider - und-schuhe.

stehen nirgends in ausreichender Menge zur Verfügung. Die Arbeiterschaft beklagt sich mit Recht darüber, dass die Auslagen in den Geschäften wohl sonstige Kleidungsstücke, aber nur unzureichend Arbeitskleidung aufweisen.

Ueber Knappheit an Brennholz klagen fast ausnahmslos alle Bezirke. In Olmütz sollen die Vorräte nur mehr für 14 Tage ausreichen.

#### C / Preise.

Die Uebertragung von Preisbildungsaufgaben an die Landesbehörde hat organisatorisch Schwierigkeiten nicht zur Folge gehabt, da auch bisher im Auftrage der OPB schon zahlreiche Ausnahmeanträge bearbeitet worden sind. Die gleichfalls in Aussicht genommene Umbildung des Preisüberwachungsdienstes wird voraussichtlich ebenfalls keine Schwierigkeiten bereiten, wenn der Abbau der Preisüberwachungsstellen

17a

wenigstens in Mähren allgemein erfolgt. Die Preisüberwachungsstellen sind in ihrer jetzigen Besetzung den gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen. Die ständig fortschreitende Spezialisierung des Preisrechtes setzt immer grössere Fachkenntnisse voraus. Bei schwierigen Kalkulationen mehren sich die Fälle, dass die Preisüberwachungsstellen nichtmehr durchfinden und die Oberste Preisbehörde sich genötigt fühlt, die Vorgänge der Landesbehörde selbst zur Nachprüfung zu übergeben. Dem kann aber begegnet werden, wenn in der Landesbehörde eine grosse Abteilung gebildet wird, in der besondere Spezialisten für Spielwaren, Möbel, Textilien, Konfektion usw. tätig sind.

D / Arbeit .

Allgemein kann ein Sinken der Arbeitsmoral beobachtet werden, dessen Schuld nach Ansicht der mährischen Arbeitsämter allerdings nicht allein auf Seiten der Arbeiter liegt, sondern auch auf die mangelnde Autorität mancher Betriebsführer zurückzuführen ist.

Im Mähr.Ostrauer Polizeisprengel mussten im Monat September von den 906 Verstössen gegen die Arbeitsmoral 852 Fälle von der Polizeidirektion geahndet werden. Im Wege des Ordnungsstrafverfahrens des Ostrauer Arbeitsamtes wurden 54 Bestrafungen verwirkt, davon 7 wegen Nichtbefolgung der Dienstverpflichtung und 47 wegen Verstosses gegen die Arbeitsmoral.

Auch die Fälle von Vertragsbrüchen der auswärts eingesetzten Arbeitskräfte, hauptsächlich der an den näheren Arbeitsstätten im übrigen Reichsgebiet eingesetzten Arbeiter mehren sich zusehends.

Manche verlassen nach einiger Zeit ihre Arbeitsstätte und kehren dorthin nicht mehr zurück. Daraus ergeben sich oft Schwierigkeiten, besonders mit den erkrankten Heimkehrern, die oftmals unter anderem, umständliche Verhandlungen über die Zahlung des Krankengeldes nach sich ziehen. Dem Iglauer Arbeitsamt allein sind im Monate September 118 Arbeitsvertragsbrüche aus dem übrigen Reichsgebiet gemeldet worden.

Im Metallgewerbe des Leipniker Bezirkes stösst die Bereitstellung von Fachkräften zur Deckung der Reichsausgleichsaufträge infolge Mangels an solchen Kräften auf erhebliche Schwierigkeiten. Dasselbe gilt vom Baugewerbe, sodass selbst der Bau des Bahnhofes in Mähr. Weisskirchen stark behindert wird.

#### E/ Industrie.

Bei den Entscheidungen über Anträge auf Preiserhöhungen muss oft festgestellt werden, dass trotz der heutigen Erzeugungsbeschränkungen noch Waren hergestellt werden, die in ihrer Zusammensetzung keineswegs ihrer Zweckbestimmung genügen können. Insbesondere gilt dies für Kosmetika. Aber auch bei Plastiken und Holzwaren stehen die zur Anfertigung aufgebrauchten Werkstoffe und Arbeitsstunden in keinem Verhältnis zu dem volkswirtschaftlichen Wert der Waren.

#### F / Handwerk .

Die in letzter Zeit sich bemerkbar machen- den Bestrebungen, die für das Land Mähren bestehenden Landesverbände des Handwerks mit den entsprechenden Landesverbänden in Böhmen zu gemeinsamen Landesverbänden für Böhmen und Mähren zusammenzuschliessen, haben bei den Handwerkern Mährens eine allgemeine

18a

Beunruhigung hervorgerufen. Die besonders gelagerten  
Wirtschaftsverhältnisse Mährens, insbesondere aber  
der starke deutsche Einfluss in den mährischen Lan-  
desverbänden rechtfertigen die Besorgnisse der hie-  
sigen Handwerker.

Gez. Dr. S c h w a b e.



Beglaubigt:

*[Handwritten signature]*

Kanzleivorstand.



007/11

Der Reichsprotector  
in Böhmen und Mähren

- I l d - 6125 -

Prag, den 20. Oktober 1942

19

An die  
Herren Landespräsidenten - Reichsauftragsverwaltung  
in P r a g u n d B r ü n n

Nachrichtlich:

an die  
Herren Oberlandräte - Inspekture des Reichsprotectors  
in Böhmen und Mähren

Betrifft: Monatliche Verwaltungsberichte der Landespräsi-  
denten und Bezirkshauptmänner